Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 34 | Montag, den 3. Februar 1930 | Jahrgang 1930

Der 1. Februar.

Nach dem Willen Moskaus sollte der 1. Februar in Deutschland ein Großkampftag erster Ordnung werden. Seit Wochen putschte die kommunistische Presse die Arbeitermassen mit einer ungeheuren Vehemenz gegen alles auf, was Ordnung heißt; von Tag zu Tag wurden die Kampfparolen verstärkt: „Mobilisiert die Arbeiterschaft!" — „Kampf den Faschisten, schlagt sie, wo ihr sie trefft!" — „Kampf der Blutpolizei!" — „Erwerbslose, sammelt euch zum Hungermarsch!" — „Baut Barrikaden!" — „Barrikaden in Hamburg", so hieß es dann in den kommunistischen Blättern Und weiter: „Die Polizei schießt ununterbrochen in die Massen hinein." — „Die Polizei terrorisiert mit blanker Waffe die Bevölkerung." — „Die politische Spannung wächst von Stunde zu Stunde." Kein Wunder, bei einer derartigen Darstellung. Der Polizeimann wurde als verbrecherischer Angreifer geschildert. Die kommunistischen Radauhelden waren die reinsten Unschuldslämmer. Von vielen Hungermärschen wurde berichtet, an denen sich besonders viel Jugendliche beteiligten. Auch die deutsche Arbeiterschaft müßte nach Auffassung der Kommunisten für das „glorreiche Sowjetrußland" kämpfen und gegen den preußischen Polizeistaat, der für Ruhe und Ordnung sorgt, mit der Waffe in der Hand Stellung nehmen. „Die Straße gehört dem Proletariat, heraus zur Straßendemonstration!" Diese Parole wurde hier und da befolgt. Es kam zum unvermeidlichen, von den Kommunisten gewollten Zusammenstoß, Steine flogen, Schüsse krachten, Verletzte und ein Toter blieben liegen. Meistens handelte es sich um arme verhetzte Menschen. Blut war geflossen, lauter schrien die Kommunisten und spielten die Rolle der verfolgten Unschuld. Keine Arbeiter sind es, die da schrieben und hetzten, sondern Intellektuelle, die auf's Ganze gehen und mit Menschenleben spielen, bezahlte Sowjetleute. Und so kam der 1. Februar heran, von den Verführten mit Spannung erwartet. Doch die Kampfparolen verpufften. In Berlin wurden die Demonstrationen im Keime erstickt, in Hamburg der Generalsturm abgeblasen und im Ruhrrevier blieb es vollkommen ruhig.

Hier und da wird gesagt, daß lediglich der Umstand, daß in diesen Wochen der Hauptteil der Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen stattfindet, die Kommunisten zu ihren verstärkten Anstrengungen veranlaßt habe. Es findet ja auch in diesen Tagen in Berlin der revolutionäre Betriebsrätekongreß statt, dessen Aufgabe es ist, in den einzelnen Belegschaften der Industrie den Geist des Aufruhrs zu wecken. Es ist möglich, daß diese Gelegenheit der Anlaß war, den Kommunismus wieder ein wenig ins Licht der Reklame zu setzen. Aber ganz kann diese Gelegenheit den konzentrierten Eifer dieser Tage nicht erklären. Die Kommunisten der Richtung Brandler-Thalheimer, die in einem scharfen Gegensatz zu dem Kommunismus der Richtung Stalin stehen, haben die These aufgestellt, daß die neueste Hetzkampagne der Trabanten Stalins im Grunde genommen nur ein leeres und windiges Geschwätz sei. Doch müssen auch sie zugeben, daß in diesen Schwätzereien eine Gefahr liegt, nämlich die Gefahr, daß die kommunistischen Arbeiter zu früh losschlagen könnten. Noch aber stehe der Aufstand nicht als erfüllbare Aufgabe auf der Tagesordnung und sie werde auch in den nächsten Jahren noch nicht darauf stehen. Die Moskauer Internationale werde von den Korrespondenten Stalins dauernd falsch informiert und diese täten das nur, um sich bei ihren Vorgesetzten beliebt zu machen. Immerhin bestehe die Gefahr, daß aus dem hysterischen Geschrei der kommunistischen Presse der Versuch eines voreiligen Putsches entstehe, aber das sei Verrat an der Idee der kommunistischen Partei. Die Hysterie der kommunistischen Presse fände darin ihre Erklärung, daß die kommunistische Partei in Deutschland, wenn sie auch noch so sehr das Maul aufreiße, sich in Wirklichkeit in der schwersten inneren Krise befinde.

Nachdem der 1. Februar ohne eigentliche Straßenkämpfe verlaufen ist, darf daraus allerdings nicht gefolgert werden, daß die Kommunisten ihre verbrecherische Agitation aufgeben. Allem Anschein nach bereitet die Berliner Filiale der Moskauer Bolschewisten für die nächsten Monate noch größere Aktionen vor, wobei in der Hauptsache die zunehmende Arbeitslosigkeit ausgenutzt werden soll. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß aus Moskau äußerst scharfe Befehle eingetroffen sind, die die deutsche kommunistische Parteileitung vor die Entscheidung stellen, entweder im Laufe des Jahres einen größeren Erfolg zu erzielen oder auf die Geldsendungen aus Moskau verzichten zu müssen. Vorläufig hat Moskau den deutschen Kommunisten zur Unterstützung den berüchtigten Heinz Neumann gesandt. Er ist mit der Aufgabe betraut, die Revolutionierung Deutschlands durchzuführen. Neumann hat die letzten Jahre in Rußland zugebracht und sich dabei des unbedingten Vertrauens des Oberkommunisten Stalin erfreuen können. **Stalin hat ihn in China gebraucht, um dort die** bolschewistische Revolution zu organisieren. Wenn er auch dort nicht zu einem endgültigen Siege gekommen ist, so hatte doch seine Skrupellosigkeit keine Grenzen gekannt. Er hat sich nicht die geringsten Gewissenssorgen daraus gemacht, um der Moskauer Herrschaft willen Zehntausende von Chinesen in den Tod zu hetzen. Bekanntlich ist Tschiangkaischek der kommunistischen Umtriebe im südchinesischen Kanton Herr geworden. Neumann hat das Land wieder verlassen müssen und Stalin wußte jetzt keine bessere Verwendung für ihn, als ihn zurück nach Deutschland zu schicken und dort für neue Blutspuren seiner revolutionären Politik sorgen zu lassen. Heinz Neumann reist seitdem durch die industriestarken Gebiete Deutschlands und hält hetzerische Vorträge. Auch die scharfe Tonart in der kommunistischen Presse wird auf seinen Einfluß zurückgeführt. Jedenfalls hatte er von Moskau den Oberbefehl über den kommunistischen Aufmarsch zum 1. Februar erhalten. Was allerdings sein letztes Ziel ist, darüber läßt sich, wie gesagt, im Augenblick Bestimmtes noch nicht feststellen.

Moskau hat anscheinend auch diesmal den Erfolg seiner bisherigen Hetztätigkeit überschätzt, wenn es die lokalen Demonstrations- und Aufstandsversuche der Kommunisten mit dem größten Halloh begrüßte. Diese Lorbeerkränze waren zu früh gewunden; die Verhaftung der 76 kommunistischen Führer in Berlin war sicher ein gewaltiger Schlag ins Thälemannsche Revolutionskontor. Man hatte der Berliner Demonstrationsorganisation damit gewissermaßen das Hauptquartier wegarretiert, und die Kommunisten müssen sich nun auf einen anderen Termin umstellen. Es kann allerdings einmal anders werden als an diesem 1. Februar, wenn nicht die notwendigen Gegenmaßregeln getroffen werden. Doch darüber muß Klarheit herrschen: mit dem Polizeiknüppel allein schlägt man den Bolschewismus nicht tot.

Die Demonstrationen der Kommunisten.

Sie drehen Straßenlaternen aus, werfen mit Steinen, stürzen Möbelwagen um und kneifen dann aus.

Im Keime erstickt.

— **Berlin**, 1. Febr. Der Polizeipräsident teilte um 9 Uhr abends mit: Nachdem der Vormittag und der frühe Nachmittag des Samstag ohne Zwischenfälle verlaufen waren, machten sich von 4 Uhr 30 nachmittags an zunächst geringere, dann stärkere Versuche zur Bildung von Demonstrationszügen bemerkbar. Kleinere Trupps von Demonstranten versuchten immer wieder, sich plötzlich zu größeren Zügen zusammenzuschließen, beim Herannahen der Polizei lösten sich diese Demonstrationszüge meist von selbst wieder auf. Wo dies nicht geschah, schritt die Polizei ein und zerstreute die Demonstranten Dabei mußte sie in verschiedenen Fällen den Gummiknüppel in Anwendung bringen. Von der Schußwaffe mußte bisher erfreulicherweise kein Gebrauch gemacht werden mit Ausnahme der Abgabe eines Schreckschusses. Durch Steinwürfe und Hiebe mit Schlagringen und anderen harten Gegenständen wurden zehn Polizeibeamte verletzt; ein Beamter erhielt einen Messerstich. Von den Demonstranten wurde eine Person durch den Gebrauch des Gummiknüppels leicht verletzt. Bis 8 Uhr abends wurden 20 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zwangsgestellt; bei einem Zwangsgestellten wurde eine Pistole beschlagnahmt.

Nach Mitternacht teilte der Polizeibericht mit: Im weiteren Verlaufe des Samstag abend setzten die Kommunisten, wenn auch schon in schwächerem Maße, ihre Versuche fort, Demonstrationszüge zu bilden. Ueberall gelang es der Polizei jedoch, diese Zugbildungen, soweit sich die Demonstranten beim Herannahen der Polizei nicht von selbst zerstreut hatten, bereits im Keime zu ersticken. Doch mußte dabei wiederum an verschiedenen Stellen von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden. In der Potsdamer Straße in Charlottenburg wurde ein Polizeibeamter aus einer größeren Ansammlung heraus mit Steinen beworfen. Die Demonstranten ergriffen aber, nachdem die Beamten zwei Schreckschüsse abgegeben hatten, die Flucht. In der Prinz Handjery-Straße in Neukölln löschten junge Burschen zehn Straßenlampen aus, worauf hier versucht wurde, aus Kasten, Steinen und Müll eine Straßensperre zu errichten. Auch dieser Versuch wurde im Keime erstickt, wobei drei Personen zwangsgestellt wurden, von denen zwei sich im Besitze von Schußwaffen befanden. Die Straßenlampen wurden von den Polizeibeamten sofort wieder angezündet. In der Wallstraße in Charlottenburg stürzten Demonstranten einen aus dem Hofe einer Speditionsfirma herausgezogenen leeren Möbelwagen um. Dieses Hindernis wurde sofort beseitigt Weiter zertrümmerten die Demonstranten in der Wallstraße die Beleuchtungskörper von 15 Straßenlaternen. Die Gesamtzahl der Zwangsgestellten war bis Mitternacht auf 26 gestiegen.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Auf dem Schauplatz der Maikämpfe haben sich auch am Samstag abend Unruhen abgespielt. Etwa gegen 10 Uhr abends wurde in der Prinz Handjery-Straße in derselben Weise wie im Mai der Versuch gemacht, Straßenbarrikaden zu errichten. Aus den Häusern wurden Müllkästen auf die Straße geschleppt, der Müll ausgeschüttet und die Kästen ebenso wie Bettmatratzen und anderes Hausgerät in Form von Barrikaden aufgeschichtet. Die Polizei wurde aber noch rechtzeitig benachrichtigt, so daß mehrere Ueberfall-Wagen von der noch offenen Seite in die Straße eindringen und die aufgerichteten Barrikaden zerstören konnten. Mehrere Lastkraftwagen der Polizei durchfuhren die gefährdeten Straßen in kurzen Zwischenräumen, um neuerliche Versuche der Aufrührer im Keime zu ersticken. Die Häuser wurden von den Polizei-Autos mit Scheinwerfern abgeleuchtet und sämtliche Fenster mußten geschlossen werden

Die Haftentlassung des Redakteurs der „Roten Fahne" abgelehnt.

Berlin, 2. Febr. In Gegenwart des Reichsanwalts Neumann (Leipzig) als Vertreter der Oberreichsanwaltschaft war gestern vor dem Amtsgericht Wedding ein Haftprüfungstermin für den am 22. Januar verhafteten verantwortlichen Schriftleiter der „Roten Fahne", Karl Sothmann. Gegen Sothmann ist vom Oberreichsanwalt auf Grund von in zwei Nummern der „Roten Fahne" erschienenen Aufsätzen ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Der Haftentlassungsantrag wurde, nachdem sich Reichsanwalt Neumann dagegen ausgesprochen hatte, mit der Begründung abgelehnt, daß es sich um ein Verbrechen handle und daß dabei Fluchtverdacht keiner besondern Begründung bedürfe.

★

Die Kundgebungen in Hamburg vollständig gescheitert.

† **Hamburg**, 2. Febr. Der gestrige Abend und die Nacht zum Sonntag, für die man nach den Ankündigungen der Kommunisten größere Demonstrationen erwarten mußte, sind ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. Nirgends gelang es den kommunistischen Agitatoren, größere Menschenmengen auf die Beine zu bringen. Die wenigen Trupps, die sich auf dem Rathausmarkt sammelten, wurden sogleich von der Polizei in Empfang genommen und abgedrängt. Auch in der Altstadt, wo es zeitweilig die in den letzten Nächten üblich gewordenen Zusammenrottungen gab, wurden ernste Zwischenfälle vermieden. Um 11 Uhr nachts schritten die Polizeistreifen noch einmal zu einer Kontrolle der in Frage kommenden Straßen. Gegen Mitternacht herrschte volle Ruhe. Die Gerüchte, daß man Reichswehr zur Unterstützung der Polizei nach Hamburg gezogen habe, bestätigen sich nicht. Blättermeldungen zufolge halten sich die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schumann und Vogt in Hamburg auf. Sie sollen die Aufgabe gehabt haben, die Hamburger Aktion zu leiten, doch sei von der Zentrale verfügt worden, sich entgegen der zunächst ausgegebenen Parole am 1. und 2. Februar umfangreicherer Demonstrationen zu enthalten. Auch bis zum Sonntag mittag blieb es überall ruhig. Die Polizei, die naturgemäß unter Alarmbereitschaft blieb, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, hatte keine Veranlassung, einzugreifen. Nach dem um 24,30 Uhr ausgegebenen Polizeibericht über die Vorgänge am Sonnabend konnten schwache Versuche der Kommunisten, in der inneren Stadt und in einigen äußeren Stadtteilen Demonstrationszüge zu bilden, von der Polizei im Keime erstickt werden. Von der Schußwaffe wurde nicht Gebrauch gemacht. Es wurden in ganz Hamburg 10 Lampen ausgedreht, die nach kurzer Zeit von den Gaswerken wieder in Betrieb gesetzt wurden. Die Täter konnten in ihren Stammkneipen festgenommen werden. Aus einigen Kommunistenlokalen wurden insgesamt 100 Personen festgenommen. — Nach Mitteilung der Polizei hat sich bis in die späten Abendstunden des Sonntag in Hamburg keine Störung der Ruhe ergeben. Es waren nirgends Versuche zu Zusammenrottungen festzustellen.

Nach 28 Jahren.

Erinnerung an die Erschießung des Rittmeisters von Krosigk. Die Leiden eines unschuldig zum Tode Verurteilten.

Selbstmord des ehemaligen Unteroffiziers Marten.

Wandsbeck, 2. Febr. Hier hat nach einer Meldung des „Tempo" der ehemalige Dragonerunteroffizier und jetzige Angestellte beim Hamburger Wohlfahrtsamt Franz Marten Selbstmord begangen.

Marten ist sozusagen eine geschichtliche Persönlichkeit. Er spielte bei der im Jahre 1901 erfolgten, aber bis jetzt noch nicht aufgeklärten Erschießung des Dragonerrittmeisters v. Krosigk und in den darauf folgenden Sensationsprozessen vor dem Militärgericht als Angeklagter und mutmaßlicher Mörder eine Rolle.

Rittmeister v. Krosigk beim 11. Dragonerregiment in Gumbinnen war ein sehr strenger Offizier und wurde in der Reitschule während des Dienstes durch das Fenster erschossen. Der Angeklagte Marten wurde vor das Kriegsgericht gestellt, aber in erster Instanz freigesprochen und nur wegen Fahnenflucht zu einem Jahr Gefängnis und Degradation verurteilt. Eine zweite Verhandlung, die im August 1901 stattfand, endete mit der Verurteilung zum Tode. Erst im Januar 1902 wurde das Todesurteil durch das Militärgericht aufgehoben.

Marten, der sich verheiratet hatte und eine Witwe und ein 10 Jahre altes Töchterchen hinterläßt, muß einen Nervenzusammenbruch erlitten haben, der mit den Vorgängen vor 28 Jahren in Zusammenhang stehen dürfte. Er ist auf einer neuangelegten Landstraße zwischen Wandsbeck und dem Orte Jenfeld auf einen Mast der dortigen Ueberleitung geklettert, hat sich dort mit beiden Händen an die Leitung gehängt und durch elektrischen Strom töten lassen.

In seiner Tasche fand man einen Briefumschlag, der noch allerlei Zeitungsausschnitte über die damals erfolgte Erschießung enthielt, und außerdem einen Abschiedsbrief, in dem er sagt, daß seine Nerven zermürbt seien, daß er nicht mehr weiter könne und ewige Ruhe brauche. Er nimmt zärtlich Abschied von seinem Töchterchen, das er seinen „Sonnenschein" nennt, und beteuert noch einmal, daß nicht er der Mörder des Rittmeisters sei. Die fünf Monate, die zwischen dem Todesurteil und der Aufhebung durch das Reichsmilitärgericht gelegen haben, bezeichnet er als die schwersten seines Lebens. Fast fünf Monate habe er immer mit dem Gedanken gesessen: „Du bist zum Tode verurteilt", und niemand könne ermessen, was das heiße. Er dankt allen, die ihm Gutes getan haben, und auch denen, die ihm weh getan haben, verzeihe er, sowie auch denen, die damals das Todesurteil ausgesprochen hätten, denn auch sie würden wohl manche Nacht nicht haben schlafen können.

★

In dem Buch: „Die Irrtümer der Strafjustiz und ihre Ursachen" von Justizrat Dr. Erich Sello wird auch der Fall Marten als das Beispiel eines zweifelhaften Todesurteils angeführt. Es heißt dort:

Am 21. Januar 1901 war der Rittmeister von Krosigk vom 11. Dragonerregiment in Gumbinnen während der Reitübungen seiner Schwadron in der Reitbahn mit einem der Schwadron gehörigen Karabiner erschossen worden. Der Verdacht lenkte sich auf den Unteroffizier Marten und dessen Schwager, den Sergeanten Hickel. Marten wurde wegen Mordes, Hickel wegen Beihilfe und ein Unteroffizier Domnigk wegen Begünstigung angeklagt. Das Kriegsgericht der 2. Division sprach alle drei Angeklagten frei, das Oberkriegsgericht aber verurteilte Marten zum Tode, während Hickel abermals freigesprochen wurde. Eine neue Berufungsverhandlung am 17. April 1902 schloß mit der Freisprechung beider Angeklagten. Dieses Urteil wurde rechtskräftig.

Die Sturmschäden im Atlantik.

32 Seeleute ums Leben gekommen.

— **London**, 1. Febr. Die letzten schweren Stürme in fast allen Teilen des Atlantik haben außerordentlichen Schaden angerichtet. Nach den jetzt in London vorliegenden Berichten ist zu befürchten, daß bei zwei schweren Schiffsunfällen insgesamt 32 Personen ihr Leben verloren haben. Eines der beiden dem Sturm zum Opfer gefallenen Schiffe ist der 1300 t große spanische Dampfer „Tiervana", der mit der gesamten 19 Mann starken Besatzung als verloren gilt.

Eine zweite schwere Schiffskatastrophe ereignete sich 70 Meilen südöstlich von Port Arthur im Golf von Mexiko, wo der Schleppdampfer „Edgar S. Cone" sank Hierbei sind 13 Mann der Besatzung ums Leben gekommen. Aus zahlreichen anderen Gebieten werden ernste Störungen der Schiffahrt und Beschädigungen von Dampfern jedoch ohne Menschenverluste, gemeldet.

★

Schulschiff „Oldenburg" vorübergehend in Seenot.

— **Bremen**, 2. Febr. Nach einem Telegramm von Lloyd in London war das Schulschiff „Oldenburg" auf etwa 43½ Grad Nord und 26½ Grad nördlich der Azoren West durch Verlagerung der Ladung in eine gefährliche Lage geraten und hatte drahtlos um Hilfe gebeten. Der Norddeutsche Lloyd wies sofort den Kapitän des Dampfers „Schwaben", der nach den Berechnungen in der Nähe des Schulschiffes sein mußte und sich auf der Heimreise befindet, durch Funktelegramm an, Kurs auf das Schulschiff zu nehmen, drahtlose Verbindung herzustellen und im Bedarfsfalle Hilfe zu leisten. Nach den vom Dampfer „Schwaben" eingegangenen Telegrammen ist es der Besatzung des Schulschiffes durch entsprechende Manöver und Zurücktrimmung der Ladung gelungen, das Schiff wieder aufzurichten und damit alle Gefahr zu beseitigen. Schulschiff „Oldenburg" meldet, daß die gesamte Besatzung wohlauf ist, keine Gefahr mehr besteht und die Reise ohne nennenswerten Schaden fortgesetzt werden konnte. Dampfer „Schwaben" hat ebenfalls seinen Kurs auf den englischen Kanal wieder aufgenommen.

Mieterschutz und Zwangswirtschaft.

199 000 Wohnungen im Jahre 1929. – Bedrohliche Lage für 1930. Keine einheitliche Miete für das Reich.

Hirtsiefer über das Wohnungswesen.

× **Berlin, 1. Februar.**

In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache zur zweiten Lesung des Wohlfahrtshaushaltes wurde im Preußischen Landtag der Abschnitt „Wohnungs- und Siedlungswesen" erörtert.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer führte aus, daß 1929 gegen 199 000 Wohnungen erstellt werden konnten, was die Zahl der vorjährigen um etwa 13000 übertrifft. Auch befanden sich am 31. Dez. 1929 noch über 104 000 im Bau, am 31. Dez. 1928 nur 96 000. Allerdings dürfe man nicht übersehen, daß die besonders starke Produktion nur möglich war durch eine zum Teil bis an die äußersten Kraftgrenzen gehende Inanspruchnahme von Krediten. Wie die Bautätigkeit 1930 gestaltet werde, läßt sich noch nicht übersehen. Oeffentliche Wohnungsbaumittel aus der Hauszinssteuer würden voraussichtlich in gleichem Umfange wie in den letzten Jahren zur Verfügung stehen. Aber es müsse

die preußische Hauszinssteuerverordnung bis zum 31. März 1931 verlängert

werden. Die Versorgung des Wohnungsbaues mit Hypotheken ist mit dem rapide abwärtsgehenden Pfandbriefabsatz schlechter geworden. Der Neuverkauf in Pfandbriefen betrug für die Institute im ganzen Reichsgebiet 1929 nur noch 570 Millionen gegen 1,07 Milliarden 1928. Wenn trotzdem die Wohnungsbauten im ganzen durchfinanziert werden konnten, war das in erheblichem Maße auf die sehr verdienstliche Hilfe der öffentlichen Sparkassen zurückzuführen. Umso bedrohlicher steht deshalb die Lage für das begonnene Baujahr aus. Meine wiederholten Bemühungen, für eine Beseitigung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag für die festverzinslichen Werte sind bis heute ergebnislos gewesen. Ich habe mit allem Nachdruck mich für eine restlose Befreiung ohne Unterschied für alte und neue Emissionen eingesetzt. Es wäre dringend erwünscht, wenn das Reich ohne Verzug in diesem Sinne handeln würde. Es wäre auch an der Zeit, wenn das Reich

die Mittel der sozialen Versicherungsträger,

die es in letzter Zeit zur Behebung seiner Finanznöte in Anspruch nahm, wieder freigäbe. Dabei handelt es sich um rund 165 Millionen, die jährlich für den Wohnungsbau gewonnen werden könnten. Die Kosten der ersten Hypotheken seien um rund 1 bis 1½ Prozent in die Höhe gegangen und bedeuteten eine schwere Belastung des Wohnungsbaues. Eine Besserung werde für den Realkredit nur im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage, insbesondere mit einer wohlwollenden Behandlung aller kapitalbildenden Faktoren und von einer Verflüssigung der ausländischen Kapitalmärkte zu erwarten sein. Gegenüber der Behauptung, daß der gemeinnützige Wohnungsbau bevorzugt sei, sei festzustellen, daß die durch die private Bauunternehmerschaft durchgeführten Wohnungen in Preußen prozentual überwiegen. Er halte es für selbstverständlich, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaften im guten Einvernehmen mit der Privatwirtschaft arbeiteten. Auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft seien grundlegende Aenderungen der Vorschriften im verflossenen Jahr nicht zu verzeichnen. Seit dem 1. Oktober 1927 betrage in Preußen wie in den anderen deutschen Ländern die gesetzliche Miete 120 Prozent der Friedensmiete. Nach diesem Zeitpunkt seien zahlreichen Gemeinden die Abgaben für Entwässerung, Straßenreinigung usw. erhöht worden.

Wann eine weitere allgemeine Erhöhung der gesetzlichen Miete für ganz Preußen eintreten könne,

ließe sich auch heute noch nicht absehen. Es war daher erforderlich, zunächst wenigstens örtlich dem Vermieter einen Ausgleich für die höhere Belastung zu gewähren. Bisher habe sich das Reich lediglich auf die Festsetzung einer Mindestmiete beschränkt. Nun liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor, daß die Höhe der gesetzlichen Miete überhaupt durch Reichsgesetz fest bestimmt werden möge. Eine solche Regelung würde gegen die Reichsverfassung verstoßen. Das Mieterschutzgesetz laufe am 31. März ds. Js. ab. Der Vorlage der Reichsregierung, dieses Gesetz unverändert bis 30. Juni 1932 zu verlängern, habe Preußen im Reichsrat zugestimmt. Mieterschutzvorschriften seien bei den augenblicklichen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt noch unentbehrlich. Die zwangsweise Inanspruchnahme von Wohnungen, die bisher schon in allen Gemeinden unter 4000 Einwohnern nicht mehr stattfand, sei im Laufe des vergangenen Jahres für alle Gemeinden unter 8000 Einwohner in Fortfall gekommen. Die Erfahrungen seit Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume hätten die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme bestätigt. Ein vorsichtiger Abbau einzelner Teile der Zwangswirtschaft möge allmählich zwar möglich sein. Die völlige Beseitigung der Zwangswirtschaft, vor allem die Aufhebung des Mieterschutzes werde aber erst erfolgen können, wenn die Mieten der Altwohnungen und die der Neubauwohnungen dem allgemeinen Preisstand auf einer erträglichen Höhe angenähert sind, und wenn das Angebot von Wohnungen der Nachfrage einigermaßen entspricht. Am längsten werde die Zwangswirtschaft, vor allem ein sozialer Mieterschutz, bei den Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerungsklassen aufrecht zu erhalten sein. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Hebborn (Ztr.) erklärt, auch die Zentrumspartei sei nicht für eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, aber an ihre Aufhebung sei im jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu denken. Die Staatsregierung sollte sich darüber klar sein, daß die Hauszinssteuerzahler wünschten, daß das Gesamterträgnis zum Wohnungsneubau verwendet würde. Die gegenteiligen Bestrebungen des Finanzministers lehne das Zentrum ab. (Rufe bei den Kommunisten: Aber die Zentrumsmitglieder machen es mit!) Bei den Bemühungen, die Mieten der alten Wohnungen an die der neuen Wohnungen anzugleichen, komme es vor allem auf

eine Senkung der neuen Mieten

an.

Abg. Dr. Neumann-Frohnau (D. Vp.) führt aus, ohne den Schutz der Mieter aufzugeben, müsse dem Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit wieder mehr Bedeutung eingeräumt werden. Die Deutsche Volkspartei beantrage daher eine Reihe von Aenderungen in der Wohnungszwangswirtschaft. Der Redner wendet sich gegen die politische Vetternwirtschaft bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken zugunsten der gemeinnützigen Gesellschaften und zuungunsten der privaten Bauwirtschaft.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist, vertagt sich das Haus um ½6 Uhr auf Montag 12 Uhr.

Einzelberatung des Wohlfahrtsetat und zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums.

*

Mißtrauensantrag in Preußen.

:: **Berlin, 1. Febr.** Die Wirtschaftspartei und mehrere Abgeordnete der Deutschen Fraktion haben soeben im Preußischen Landtag gegen den Ministerpräsidenten Braun einen Mißtrauensantrag eingebracht, der mit der Ernennung des Sozialdemokraten Grimme zum Kultusminister begründet wird.

Luther will nicht Oberbürgermeister von Berlin werden.

)(**Berlin, 1. Febr.** Auf Anfrage bei Reichskanzler a. D. Dr. Luther, der sich z. Zt. außerhalb Berlins aufhält, erfährt die „DAZ", daß die Nachrichten über eine Kandidatur des Herrn Dr. Luther für den Berliner Oberbürgermeisterposten jeder Grundlage entbehren und keinen Wert haben. — Der Oberpräsident hat auf Ersuchen des Oberbürgermeisters Boeß dessen Urlaub vorläufig bis zur Erledigung des an die städtischen Körperschaften gerichteten Antrages auf Ausscheiden aus den städtischen Diensten verlängert.

Landeshauptmann Piontek †.

Ratibor, 2. Febr. Am Sonntag vormittag nach 8 Uhr ist der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien, Dr. h. c. Piontek, der bereits seit längerer Zeit schwer krank war, verstorben. Vor etwa einem Jahre machte sich bei ihm eine schwere Kehlkopfstörung bemerkbar, die nach Feststellung der Aerzte auf ein in der Brusthöhle entstandenes Gewächs zurückzuführen war. Das Gewächs pflanzte sich trotz Hinzuziehung von Fachärzten weiter fort und drückte auf den Herzmuskel, so daß Anfang Dezember eine Lähmung der linken Seite eintrat. In den ersten Wochen des Januar begann die Lähmung sich auch auf die rechte Seite auszudehnen. Die Lähmung der linken Seite war dann die endgültige Todesursache.

Jugendliche stürmen eine Stadtküche.

◇ **Berlin, 1. Febr.** Ungefähr 80—100 jugendliche Erwerbslose erschienen gestern plötzlich vor der Stadtküche in der Möllendorffstraße, um gegen die Schließung des Jugendheims zu protestieren. Während eine Abordnung von fünf Mann von dem Küchenleiter die Herausgabe von Essen verlangte, drangen die übrigen in die Küche ein, nahmen trotz des Widerspruchs des Leiters zwei gefüllte Essenträger fort und begaben sich damit in den Speiseraum der Küche. Hier eigneten sie sich eigenmächtig Näpfe und Löffel an und begannen das Essen zu verzehren. Das Ueberfallkommando forderte die Eindringlinge vergebens auf, die Räume zu verlassen und nahm schließlich die Feststellung der Anwesenden vor.

Ueberraschende Wendung in der Kulmbacher Mordaffäre.

)(**Kulmbach, 2. Febr.** Das Kulmbacher „Tagblatt" gibt folgendes Extrablatt heraus: „Der Verteidiger des Kommerzienrat Heinrich Meußdörfer in Kulmbach, der bekanntlich unter dem Verdacht des Gattenmordes sich in Haft befindet, übergibt der Presse folgende Meldung: Das Rätsel von Kulmbach gelöst. Auf eine Strafanzeige des Verteidigers vom 21. Januar gegen die Arbeiter Schuberth und Popp wegen Ermordung der Frau Kommerzienrat Meußdörfer ist es dem Kriminalkommissar Schiffner in Kulmbach gelungen, die beiden zu einem Geständnis zu bewegen. Die beiden Arbeiter haben dieses Geständnis vor dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt wiederholt." Auf eine infolge dieses Extrablatts erfolgte Anfrage beim Untersuchungsgefängnis Nürnberg, wurde mitgeteilt, daß sich Kommerzienrat Meußdörfer noch dort befindet.

Wilhelm II., der ehemalige Kronprinz, Domergue und Poincaré.

Paris, 1. Febr. Der „Paris Midi", dem wir die Verantwortung für seine Informationen überlassen müssen, weiß von einer bevorstehenden Begegnung zwischen Poincaré und dem ehemaligen deutschen Kronprinzen zu berichten. Das Blatt läßt sich von seinem Madrider Korrespondenten melden, daß der König von Spanien in seiner Eigenschaft als Großmeister des Ordens vom Goldenen Vlies die Ordensritter für das Frühjahr zu einer Kapitelversammlung nach Barcelona eingeladen habe. Ein großer Teil der Ordensmitglieder, zu denen unter anderem die Könige von England, Italien, Schweden, Dänemark gehören, hätten bereits ihr Kommen zugesagt, darunter auch der ehemalige deutsche Kronprinz und der ehemalige Präsident der französischen Republik Poincaré. Um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden, seien beide in diskreter Weise darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie in Barcelona zusammentreffen würden, doch habe weder der eine noch der andere darin einen Grund gesehen, die gegebene Zusage zurückzuziehen.

Nach einer anderen Meldung sollen auch Wilhelm II. und der französische Präsident Doumergue eingeladen sein; gemäß dem Zeremoniell würden Poincaré und der ehemalige Kronprinz ihre Plätze nebeneinander haben.

Wir geben, wie gesagt, die Meldung mit jedem Vorbehalt wieder; wir können im Augenblick auch nicht nachprüfen, ob Poincaré und Doumergue Ritter dieses Ordens sind, bei dem, solange auch Oesterreich ihn verlieh, u. a. Adelszugehörigkeit vorgeschrieben war. Es müssen starke Zweifel hinsichtlich dieses angeblich geplanten Ordens-Locarnos erlaubt sein.

Lynchjustiz in Amerika.

○ **Newyork, 1 Febr.** Ein aufsehenerregender Fall von Lynchjustiz wird aus Ocilla in Georgia gemeldet. Ein Neger, der in dem dringenden Verdacht stand, die 14jährige Tochter eines angesehenen weißen Farmers angegriffen und getötet zu haben, wurde, nachdem man ihn eine ganze Nacht mit Bluthunden gesucht hatte, festgenommen. Er gestand dem Sheriff das Verbrechen ein. Eine aus mehreren hundert Personen bestehende Menge entriß dem Sheriff den Uebeltäter, schleppte ihn nach der Waldstelle, wo die Leiche des Mädchens in einem Teich gefunden worden war, bearbeitete ihn mit Messern und schlug ihn dann vollends tot. Seine Leiche wurde auf einen mit Gasolin getränkten Scheiterhaufen geworfen und verbrannt.

Während der Pause der Flottenkonferenz.

Eine Zwischenbilanz.

— **Paris, 1. Febr.** Der Londoner Berichterstatter des „Echo des Paris" zieht die Bilanz der bisherigen Konferenzarbeiten. Er stellt die verschiedenen Thesen, um die der Kampf jetzt anheben werde, nebeneinander. Frankreich und Italien wünschten, daß die Signatare freie Verfügung über die Tonnage hätten. Amerika und Japan nähmen den mittleren Standpunkt ein, England dagegen vertrete das starre System, das zahlreiche Gefahren in sich berge. Die technischen Neuerungen seien einem derartigen Wechsel unterworfen, daß man sich bei Annahme des englischen Systems für lange Zeit binden könne, ohne die technischen Fortschritte nutzbar zu machen. Laufe man nicht Gefahr, daß die Marinen der Signatarländer auf dem Ruhekissen eines derartigen Abkommens einschlummern werden? Aber eine einzige Nacht, die ihre Aktionsfreiheit behalte, könnte ihnen ein schreckliches Erwachen bereiten. Jüngst habe ihm (dem Sonderberichterstatter) ein Deutscher gesagt: „Wir verlangen nur eines: nicht unserer Erfindungsfreiheit beraubt zu werden". Dieser Satz illustriere durch den neuen deutschen 10 000-Tonnen-Kreuzer, der vielleicht mehr wert sei, als 35 000 Tonnen Großkampfschiffe, sei die schärfste Kritik, die an der englischen Auffassung geübt werden könne.

*

Ein Dreimächteabkommen?

+ **London, 1. Febr.** Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" sagt, der am Donnerstag neu geschaffene Ausschuß sei aufgegeben worden, weil die Delegierten der Dominions eine angemessene Vertretung beansprucht hätten, die bei einem in der Zahl beschränkten Ausschuß nicht möglich gewesen wäre. Der einzige bestehende Ausschuß sei also die Vollkonferenz, die als Ausschuß tage. Weiter berichtet der diplomatische Korrespondent, nach dem neuesten französischen Vorschlag würden Minenleger, Schulschiffe usw. nicht zur Gesamttonnage gerechnet werden. Ein nach britischer Auffassung undefriedigender Punkt sei, daß der französische Vorschlag keine Grenze für die Tonnageverrechnung enthalte, so daß einige Mächte die Transferfreiheit festhalten könnten, während es anderen überlassen bliebe, besondere Vereinbarungen zur Beschränkung dieser Freiheit abzuschließen. Der Korrespondent erklärt, daß dies zwar nicht deutlich ausgesprochen werde, aber aus einem Paragraphen der Denkschrift geschlossen werden könne. Frankreich werde danach nichts gegen eine etwaige Dreimächtekonvention in dieser Frage zwischen Amerika, Großbritannien und Japan einwenden.

*

Nach dem Typ der „Ersatz-Preußen".

Paris, 1. Febr. „Chikago Tribune" berichtet aus London, daß Frankreich beabsichtige, einen großen Teil der von ihm gewünschten 175 000 Tonnen für die Kategorie der Großkampfschiffe zur Schaffung großer Kreuzer nach dem Typ der „Ersatz-Preußen" bestückt mit elf- oder zwölfzölligen Geschützen zu verwenden. Man rechnet damit, daß diese neue französische Kategorie etwa 15 000 Tonnen Wasserverdrängung aufweisen werde, da man in Frankreich das deutsche Geheimnis der Herstellung von Aluminium, das widerstandsfähig gegen Seewasser und salzhaltige Luft sei, nicht kenne und auch nicht die Verbesserungen, die auf dem deutschen Kreuzer vorgenommen seien. Da Deutschland nach dem Versailler Vertrag sechs Kreuzer dieser Klasse zugestanden seien, beabsichtige die französische Regierung zum mindesten die gleiche Zahl, wenn möglich aber sieben oder acht Kreuzer, zu bauen. Die Baupläne für diese Schiffe seien bereits in Vorbereitung.

Auf den Spuren der Entführer Kutepows.

Das Opfer einer Frau?

◆ **Paris, 1. Febr.** Im Zusammenhang mit dem rätselhaften Verschwinden des Generals Kutepow werden immer mehr Einzelheiten bekannt. So weiß man jetzt, daß sich Agenten der GPU. schon seit längerer Zeit in unmittelbarer Nähe der Wohnung des Generals in einem Café aufhielten, um die Ausgänge Kutepows zu überwachen. Der ehemalige Botschaftsrat Bessedowski hatte während seiner Amtstätigkeit vom Leiter der Pariser GPU erfahren, daß einer der Chauffeure des Generals in seinem Sold stehe. Da man Kutepow jedoch als sehr vorsichtig kannte, sei man auf den Plan verfallen, ihn durch eine Frau in den Hinterhalt locken zu lassen. Man versuchte zunächst, ihn mit einer schönen Kaukasierin bekanntzumachen, doch war er zu vorsichtig, um hierauf hereinzufallen. Man wählte dann als Lockvogel die Frau eines ehemaligen Generals der russischen Armee, deren Wohnung ganz in der Nähe derjenigen des Generals lag und die sich gleich ihm häufig in Nizza aufhielt. Trotz aller Liebesbriefe, die diese Frau ihm zukommenließ, blieb Kutepow standhaft. Er war im übrigen stets auf dem laufenden gegen alle gegen ihn geplanten Entführungsversuche, da der Gegenspionagedienst der russischen Emigrantenkreise in Paris sehr gut funktionierte. Gerade diese Tatsache scheint die Annahme zu bestätigen, daß Kutepow das Opfer eines Verrats aus seinen eigenen Kreisen geworden ist. Nach der „Liberté" soll die Frau, die von Zeugen bemerkt wurde, als mehrere Personen, darunter ein als Polizeibeamter Verkleideter, Kutepow entführten, identifiziert worden sein. Eine Haussuchung bei ihr habe so viel belastendes Material zutage gefördert, daß man bald Klarheit über die Angreifer zu gewinnen hoffe. Es soll sich um eine gewisse Ludmilla Iwanova P. handeln, die als intime Freundin der Frau Iwanowitsch, der Gattin eines bekannten Tschekakommissars, direkte Verbindungen mit den Kominitern unterhalten soll. Das Ergebnis der Haussuchung und des Verhörs der Dame soll so wichtig sein, daß wahrscheinlich noch heute abend oder morgen die Entführer des Generals festgestellt werden können.

Die Polizei wird übrigens von Hunderten von größtenteils anonymen Mitteilungen überschwemmt. Zahlreiche Zeugen entsinnen sich jetzt — nach einer Woche — der gewaltsamen Entführung Kutepows mitten in Paris am hellen Tage beigewohnt, den General ermordet in einem grünen Auto, falsche Polizisten, in Uniform ihr Unwesen treibend, gesehen zu haben und was dergleichen Ausgeburten einer Massenpsychose mehr sind. Nachbarn der Sowjetbotschaft in der Rue de Grenelle entsinnen sich plötzlich gräßlicher nächtlicher Schreie, die aus dem Gebäude drangen, und behaupten, gesehen zu haben, wie der Gärtner der Botschaft im Morgengrauen ein Grab im Garten schaufelte.

Johann Giesberts 65 Jahre

Heute wird der Abgeordnete Johann Giesberts 65 Jahre alt. Bereits über 30 Jahre steht er führend in der christlichen Arbeiterbewegung und im öffentlichen Leben. Seine Heimat ist der Niederrhein. Er wurde in Straelen geboren aus einer Handwerkerfamilie von neun Kindern. Im Jahre 1891 kam er nach Köln, wo er als Arbeiter in der Eisenbahnwerkstätte Beschäftigung fand. Von da ab datiert seine Tätigkeit in der christlichen Arbeiterbewegung und im öffentlichen Leben. Wegen seiner hervorragenden Fähigkeiten wurde er im Jahre 1899 Redakteur der neugegründeten „Westdeutschen Arbeiterzeitung", des Verbandsorgans der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine. Bald nach der Gründung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften übernahm er die Redaktion des „Mitteilungen", des späteren „Zentralblattes". Auch dem Vorstande des Gesamtverbandes gehörte er seitdem an. Auf dem Mainzer Kongreß setzte Giesberts sich besonders für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ein. Für die berechtigten Bestrebungen der Bergarbeiter zeigte er ganz besonders Verständnis und Hilfsbereitschaft.

Im Jahre 1905 trat im Leben Giesberts eine entscheidende Wendung ein. Nach langem Sträuben entschloß er sich im Wahlkreis Essen eine Kandidatur der Zentrumspartei für den Reichstag anzunehmen. Nachdem er gewählt war, hat er im Reichstage neben den allgemeinen Interessen insbesondere die Sozialpolitik und den Arbeiterschutz erfolgreich gefördert. Entschieden setzte er sich auch für die Interessen der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Arbeiter ein. Für die Bergarbeiter forderte er einen erhöhten Schutz, für die Arbeiter der Hüttenindustrie weitgehende gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit.

Als der Krieg ausbrach, setzte Giesberts seine ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes. An der Bildung des Kriegsernährungsamtes und bei der Durchführung seiner Aufgaben arbeitete er tatkräftig mit. Ende 1917 wurde er dann als persönlicher Berater des Ministers in das Reichswirtschaftsministerium berufen. Bei der Umbildung der Regierung durch Prinz Max von Baden im Herbst 1918 wurde er Staatssekretär im neugebildeten Arbeitsministerium. An der Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse nahm er, nachdem der Krieg verloren war, tätigen Anteil. Als die erste verfassungsmäßige Regierung gebildet wurde, nahm Giesberts auf Drängen seiner engeren Parteifreunde das Postministerium an. Dreieinhalb Jahre hat Giesberts dieses Amt zum Besten des deutschen Volkes verwaltet. Mehr als drei Jahrzehnte hat er seine ganze Kraft der Zentrumspolitik und in ihr namentlich der christlichen Arbeiterbewegung gewidmet. Zu seinem 65. Geburtstage auch unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Keine Kürzung der Beamtengehälter.

⊙ **Berlin, 1. Febr.** Einer in der Presse veröffentlichten Zuschrift des Beamtenbundes gegenüber, der zufolge in maßgebenden Kreisen wieder die Rede von einer Kürzung der Beamtengehälter sein soll, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß eine Kürzung der Beamtengehälter nicht geplant und auch niemals erwogen worden ist. Auch die Gerüchte, nach denen die Beamtengehälter zur Arbeitslosenunterstützung herangezogen werden sollen, sind unrichtig.

Das Roggenbrotgesetz.

× **Berlin, 1. Febr.** Der Referentenentwurf des Roggenbrotgesetzes handelt im wesentlichen von Vorschriften über die Deklaration von Mehlen. Als Roggenmehle sollen künftig nur solche bezeichnet werden dürfen, die eine Beimengung von höchstens 5 v. H. Weizenmehl enthalten, und ebenso darf die Beimengung von Roggenmehl zu als Weizenmehl zu bezeichnendem Mehl nicht mehr als 5 v. H. betragen; entsprechende Anweisungen sollen für die aus solchen Mehlen hergestellten Gebäckarten ergehen. Weiterhin behandelt der Gesetzentwurf die Regelung des Brotpreises. Es ist beabsichtigt, an Stelle des starren Brotpreises bei variablem Gewicht einen Reinpreis nach Gewicht zu setzen. Die in diesem Zusammenhang auch mit zur Beratung stehende Verminderung der Roggenausmahlung mittels gesetzlicher Vorschriften hat kaum irgendwelche Aussichten, verwirklicht zu werden, da Roggenmehle von geringer Ausmahlung ein Brot ergeben, das zwar eine hellere Farbe aufweist, dabei aber weniger schmackhaft und haltbar ist und vor allem nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß Vitamine enthält, die bei Herabsetzung der Ausmahlung zum größten Teil in die Kleie fallen würden. Der vermehrte Kleieanfall würde außerdem nur schwer abzusetzen sein. Daß sich der Reichsernährungsminister bei diesen Besprechungen für die etwaige Notwendigkeit der Schaffung eines Getreidemonopols ausgesprochen haben soll, trifft in diesem Sinne nicht zu. Er äußerte sich vielmehr dahingehend, man werde vielleicht einmal, um eine grundlegende Lösung zu finden, eines Tages auf die Vorschläge der Schaffung eines Roggenmonopols zurückgreifen müssen; er für seine Person werde aber eine solche Entwicklung unter keinen Umständen mitmachen.

Ministerpräsident Held gegen Vitus Heller.

München, 1. Febr. Das von Vitus Heller in Würzburg herausgegebene Wochenblatt der Christlichsozialen Reichspartei „Das Neue Volk" hat aus der Pariser Korrespondenz des ehemaligen Sonderbündlers Matthes eine Aeußerung abgedruckt, wonach Matthes urkundliche Belege dafür besitze, daß der bayrische Ministerpräsident Dr. Held für die Loslösung der Pfalz vom Reich eingetreten sei. Die Veröffentlichung nahm Bezug auf den von dem Speirer Domkapitular Hildenbrand geschriebenen Aufsatz im „Bayerischen Vaterland", für den der Verfasser inzwischen im Wege des gerichtlichen Vergleichs Abbitte und Buße geleistet hat. Dr. Held hat auch gegen Vitus Heller Beleidigungsklage erhoben. Heller beantragte, daß zur Aufklärung der Pfälzer Vorgänge als Zeugen geladen würden: Matthes, General de Metz, Tirard, Graf Bothmer, der bayrische Gesandte von Preger in Berlin und der jetzige thüringische Minister Dr. Frick. Das Gericht hat die Ladung dieser Zeugen abgelehnt, weil die Vorgänge genügend geklärt seien, und hat die Verhandlung auf den 7. Febr. anberaumt.